



# Komitee wehrt sich gegen Initiative für 13. AHV-Rente

**Abstimmung** Am 3. März stimmt die Bevölkerung über die 13. AHV-Rente ab. Würde bereits heute entschieden, scheint die Sache klar: 71 Prozent der Stimmberechtigten würden laut einer Umfrage die Initiative annehmen. Allerdings, so schreiben die Urheber der Umfrage, sinken die Zustimmungswerte im Verlauf der Abstimmungskampagnen üblicherweise noch.

Dass die Zustimmung nicht sinkt, sondern ins Gegenteil kippt, darauf hofft ein Aargauer Komitee. «NEIN zur 13. AHV-Rente» heisst es in der Mitteilung dazu, denn hinter der «geschickt getarnten Initiative» verberge sich ein «völlig planloser und massloser Leistungsabbau der AHV um fast 10 Prozent».

Politisch ist das Komitee breit abgestützt: Mehr als 70 Vertreterinnen und Vertreter der

Kantonalparteien von SVP, FDP, Mitte, Grünliberalen (jeweils inklusive Jungparteien), EVP, EDU. Darunter bekannte Namen wie Marianne Binder-Keller (Mitte), Thierry Burkart (FDP), Sabina Freiermuth (FDP), Roland Frauchiger (EVP), Benjamin Giezendanner (SVP), Andreas Glarner (SVP) oder Gian von Planta (GLP).

Ebenfalls dabei sind verschiedene Unternehmerinnen und Unternehmen sowie Vertreter der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** und des Aargauischen Gewerbeverbands (AGV).

## 5 Milliarden Mehrkosten pro Jahr

Eigentlich sei jetzt der richtige Zeitpunkt, um die AHV «fit für die Zukunft» zu machen, schreibt das Komitee weiter. Die

Initiative bewirke aber genau das Gegenteil. Nach dem «Giesskannenprinzip» erhielten alle AHV-Rentnerinnen und -Rentner eine Erhöhung von 8,33 Prozent – was jährlich rund 5 Milliarden Mehrkosten verursachen würde.

Letztlich würden die Falschen profitieren, kritisiert das Komitee. Nämlich die, welche bereits heute eine hohe AHV-Rente beziehen, oder die, welche ins kostengünstige Ausland ausgewandert sind. Die «Zeche» für den «milliardenschweren planlosen AHV-Ausbau» müssten dann die Jungen und die erwerbstätige Bevölkerung zahlen, die bereits heute unter steigenden Kosten und Inflation leidet. Anstelle des ziellosen Rentenausbaus sei es besser, auf bedarfsorientierte Ergänzungsleistungen zu setzen, so das Komitee. (phh)